

 > Saarland > Betreiber verteidigt Großbordell

Betreiber verteidigt Großbordell

Saarbrücken · Die Paradise Island GmbH, die in Saarbrücken-Burbach ein neues Großbordell plant, hat ihre Investition verteidigt. Der Investor sieht sich als Vertreter einer „sauberen“ und vom Staat kontrollierten Prostitution.

27.07.2013 , 00:00 Uhr · 2 Minuten Lesezeit

Von SZ-Redakteur Norbert Freund

Der Stuttgarter Investor Jürgen Rudloff hat bestätigt, dass er auf einer Fläche von 6000 Quadratmetern ein Wellness-Großbordell in Saarbrücken-Burbach baut. Sein Sprecher Michael Beretin teilte mit, dass das Etablissement bis zum Jahresende fertig sei. Dort sollen rund 50 Frauen arbeiten. Er widersprach zugleich der Aussage des Saarbrücker Ordnungsdezernenten Jürgen Wohlfarth, dass es in der Landeshauptstadt bereits "viel zu viele" Bordelle gebe.

Beretin sagte der SZ, richtig sei vielmehr, dass es in Saarbrücken "viel zu viele Spelunken" gebe, von denen Wohlfarth "mal einige zumachen sollte, weil sie katastrophal betrieben werden". Dort hätten die Frauen keinerlei Freiheiten und müssten tun, was Inhaber und Kunden verlangen. Das sei "dirigistische Prostitution, im Grunde ein Straftatbestand".

"Große Häuser" wie das geplante Investment in Burbach seien für die Behörden dagegen "einfach kontrollierbar". Bei ihm, so Beretin, der in Saarbrücken Geschäftsführer werden soll, finde keine Zwangsprostitution statt. Die Frauen checkten wie im Hotel ein und legten selbst fest, von wann bis wann und wie sie arbeiten. Die Räume würden nach jedem Gast gereinigt. Die Frauen müssten regelmäßige ärztliche Untersuchungen nachweisen. Er biete ihnen über Allianz und DKV eine Altersversorgung und eine Tageskrankenversicherung an.

Beretin sagte, er sei offen für jede denkbare Kooperation mit Behörden, Polizei oder Selbsthilfegruppen von Prostituierten, solange sie nicht "geschäftsschädigend" sei. Die geplante Nutzfläche sei mit 6000 Quadratmetern deshalb so groß, damit die Frauen auf drei von insgesamt fünf Stockwerken die Möglichkeit hätten, sich in Räumlichkeiten zurückzuziehen, in denen sie nicht von Freiern behelligt würden, schlafen, fernsehen sowie essen und trinken könnten. Die Frauen zahlten beim "Einchecken" 79 Euro Eintritt, 23 Euro pro Übernachtung plus 25 Euro Pauschalbesteuerung, die an das Finanzamt abgeführt würden. In der Preisgestaltung mit den Freiern seien sie autonom.

Rudloff betreibt laut Beretin bisher bereits ganz ähnliche Häuser in derselben Größenordnung, wie es jetzt in Saarbrücken geplant ist, in Frankfurt, Stuttgart, Salzburg und Graz. Die Investition in Saarbrücken begründete Beretin mit der Nähe zu Frankreich, wo die Prostitution verboten ist. Die Investitionssumme betrage viereinhalb Millionen Euro.

Er begrüßte ausdrücklich Forderungen aus der Politik nach einer strengeren Regulierung der Prostitution in Form eines "Bordell-Tüv's" und regelmäßigen behördlichen Kontrollen, wie sie etwa von Wohlfarth erhoben worden waren.

Saar-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) verlangte eine Überarbeitung des rot-grünen Prostitutionsgesetzes von 2002, das die Prostitution liberalisiert hatte. Die Behörden sollten über eine Genehmigungspflicht für Bordelle direkt auf die Rotlichtkriminalität einwirken und Bordelle verhindern können, wenn